

Positionspapier zur Verbesserung der inneren Sicherheit und Terrorprävention

Autorenpapier von Jeanne Dillschneider und Jan-Denis Wulff

Vor dem Hintergrund des Terroranschlags in Solingen darf die Debatte nicht zugunsten symbolischer Forderungen nach Abschiebestopps oder Messerverboten verschoben werden. Vielmehr müssen Konzepte zur Verstärkung der inneren Sicherheit einer genauen Prüfung unterzogen werden. Wer sich nach den Vorkommnissen in einer Debatte über Verschärfungen des Waffenrechts oder allgemeine Aufnahmestopps von Flüchtlingen verstrickt, verkennt, dass die eigentliche Herausforderung darin besteht, unsere Sicherheitsbehörden endlich zu modernisieren, digitalisieren und mit den nötigen Mitteln auszustatten, damit sie für die Herausforderungen unserer Zeit gewappnet sind.

Den Rechtsstaat stärken

Wir stehen für einen starken Rechtsstaat und eine Politik, die Freiheit und Sicherheit vereint. Ein effektives System innerer Sicherheit basiert auf mehreren Säulen. **Zu den wichtigsten gehören gut ausgestattete und gut ausgebildete Polizei- und Sicherheitskräfte, klare rechtliche Rahmenbedingungen und eine funktionierende Justiz.**

Um dies zu ermöglichen, fordern wir eine gute finanzielle und personelle Ausstattung der Polizei und der Ordnungsämter. Die Polizei und andere Sicherheitskräfte spielen eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit. Eine angemessene Ausbildung und Vergütung, ausreichende Ressourcen und eine enge Zusammenarbeit mit anderen staatlichen und nicht staatlichen Akteur:innen sind entscheidend für ihren Erfolg. Darüber hinaus ist Prävention ein Schlüsselaspekt der inneren Sicherheit. Durch Maßnahmen wie Bildung, soziale Programme, Arbeitsplatzsicherheit und die Förderung von sozialem Zusammenhalt können viele potenzielle Ursachen von Kriminalität und Terror adressiert werden.

Reform des Polizeiwesens

Freiheit und Sicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. **Weitere Verschärfungen der polizeilichen Befugnisse können nicht über die Personalnot bei der saarländischen Polizei hinwegtäuschen.** Dabei kündigten im Zeitraum von 2019 bis 2023 achtzehn Polizist:innen das Beamtenverhältnis auf und konnten im vergangenen Jahr erstmals weniger Nachwuchskräfte eingestellt werden, als es der Stellenplan hergegeben hat. Die niedrige Bewerber:innenquote bei der saarländischen Landespolizei hängt auch mit den Konkurrenten der Bundespolizei und mit der Landespolizei Rheinland-Pfalz zusammen, die eine bessere Bezahlung und mehr Weiterentwicklungsmöglichkeiten bieten. Es herrscht also historischer Personaltiefstand, mit völlig überlastetem Bestandspersonal. Doch trotz der Hilferufe aus den Gewerkschaften bleibt die Landesregierung bei ihrem Fehlkurs. Dabei gilt es doch gerade jetzt, die Polizei für die Herausforderungen der Zukunft zu rüsten. Dazu braucht es mehr Stellen und mehr Bewerber:innen. Um die zu gewinnen, helfen keine Hochglanzkampagnen, sondern ein Beruf

mit attraktiven Arbeitsbedingungen. Junge Polizistinnen und Polizisten haben oft nach wenigen Jahren Dienstüberstunden im dreistelligen Bereich angesammelt. Wenn wir den Polizeiberuf auch für die kommenden Generationen attraktiv halten wollen, ist es unsere Fürsorgepflicht, eine ausgeglichene Work-Life-Balance für die Beamten und Beamten zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang sollte unbedingt eine zweite Bewerbungsphase im Jahr für die Landespolizei, wie es sie beispielsweise in Rheinland-Pfalz gibt, geschaffen werden. Die Polizist:innen verdienen unsere Wertschätzung, genauso wie gute Arbeitsverhältnisse und leistungsfähige Strukturen innerhalb der Behörden.

Wir fordern eine bessere finanzielle Ausstattung der Polizei und eine deutliche Erhöhung des Personalkörpers. Dabei kann eine Stärkung der Attraktivität des Polizeiberufs nur durch die Anpassung des Zulagenwesens auf Bundesniveau und die Einführung einer Regelbeförderung erreicht werden. Solange die Zulagen im Saarland noch immer wesentlich geringer sind als in anderen Bundesländern und man die Polizei im Saarland kaputtspart, wird man keinen Nachwuchs gewinnen. Der Fokus der Landesregierung muss sich darauf konzentrieren, unsere Saar-Polizei zu reformieren und in die Neuzeit zu transformieren.

Ausbau des Justizwesens

Grundlage eines funktionierenden Staates ist eine funktionierende Justiz. Doch über die Jahre hinweg wurde an wichtigen Stellen gespart. **Eine starke Justiz macht einen starken Rechtsstaat aus.** Gerichte und Strafverfolgungsbehörden haben mit einer hohen Arbeitsbelastung zu kämpfen. Verfahren dauern zu lang. Hier braucht es dringend Entlastung durch mehr Personal, sowohl im richterlichen und nicht richterlichen Dienst als auch bei der Staatsanwaltschaft, und durch eine flächendeckende Ausstattung der Justiz mit der nötigen Technik. Gleichzeitig müssen attraktivere Arbeitsbedingungen für Jurist:innen im Landesdienst, zum Beispiel durch eine Erhöhung der Bezahlung, geschaffen werden. Polizei und Staatsanwaltschaft müssen digital zusammenarbeiten können und auch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden der angrenzenden Nachbarländer ist vonnöten. Wir fördern und vereinfachen die elektronische Kommunikation zwischen Bürger:innen und Justiz. Wir wollen das ministerielle Einzelfallweisungsrecht gegenüber der Staatsanwaltschaft beschränken und Modelle der gerichtlichen Selbstverwaltung erproben.

Islamistischem Terror vorbeugen

Der islamistisch motivierte Terror war nie weg. Terrororganisationen wie der sogenannte „Islamische Staat“ wurden von verschiedenen Kräften der Welt zurückgedrängt, jedoch wurde ihre Ideologie nie besiegt. Der sogenannte „Islamische Staat“ wechselte seine Strategie zur Rekrutierung von neuen Mitgliedern während der Pandemie aufgrund der damaligen Reisebeschränkungen dahin, dass die Terrororganisation zu Anschlägen sämtlicher Art aufgerufen hat und den Tätern verspricht, im Nachhinein in die Terrororganisation aufgenommen zu werden. D. h., dass Gefährder in Deutschland vor ihrer Tat keinen direkten Kontakt mehr z. B. zum sogenannten „Islamischen Staat“ haben müssen. Dieser Umstand macht es für die Ermittler deutlich schwerer, Gefährder im Vorhinein zu identifizieren, da sie sich eigenständig und unabhängig im Internet radikalisieren können.

Genau dort, wo dieser Prozess stattfindet, muss die Polizei präsent sein. **Deshalb fordern wir dringend nötige Investitionen, um unsere Polizei-Saar zu modernisieren und zu digitalisieren.** Im Jahr 2024 muss

es unser Anspruch sein, dass der Papierkrieg in den Behörden ein Ende hat und effizientes Arbeiten durch moderne und zeitgerechte Computersysteme möglich ist. Während wir in unsere Sicherheitsbehörden investieren müssen, damit sie gegen den Terror der Gegenwart bestehen, liegt es genauso in unserer Verantwortung, den Terror der Zukunft zu verhindern.

Auf Prävention setzen

Daneben müssen präventive Aspekte in den Bereichen Bildung, Soziales und Integration stärker in den Fokus rücken. Prävention kann durch die Stärkung sozialer Projekte wie dem „Haus des Ankommens“ gelingen, das als umfassendes Beratungs- und Informationsangebot der Landeshauptstadt Saarbrücken beispielgebend für andere Einrichtungen sein kann. Bestehende **Integrations- und Migrationsnetzwerke** im Saarland wie BARIS oder die 2. Chance Saarland müssen in ihrer Arbeit gestärkt werden. Neben Bildungsangeboten für Erwachsene spielen auch **Sprachförderprogramme** für Kinder eine wichtige Rolle. Die Landesregierung hat eine wichtige Säule der Frühförderung, „Früh Deutsch lernen“ fälschlicherweise abgeschafft. Auch die Stunden für DAZ, Deutsch als Zweitsprache, wurden in den letzten Jahren gekürzt und sind nicht adäquat auf die Schulen verteilt. Sobald Schüler:innen das Anfängerniveau überschreiten, fallen sie aus der Förderung heraus. Für die Sprachförderkräfte gibt es meist nur kurzfristige Zeitverträge. Die Landesregierung hat zwar mit neuen Stellen für Sprachförderkräfte reagiert, muss aber dringend die bestehenden Konzepte überarbeiten, um eine kontinuierliche und effektive Sprachförderung zu ermöglichen. Mit dem Modellprojekt Islamischer Religionsunterricht, das seit 2015 in ausgewählten Klassen angeboten wird, können sich muslimische Kinder im schulischen Kontext mit ihrer Religion auseinandersetzen. Dieses Projekt soll nicht nur fortgeführt, sondern ausgeweitet werden.

Außerdem mangelt es an einer adäquaten Ausstattung der Ausländerbehörde, deren Dependance in Saarbrücken geschlossen wurde. Die Behörde ist für alle im Saarland arbeitenden Migrant:innen zuständig. **Mit ihrer Entscheidung, den Standort der Ausländerbehörde in Saarbrücken Anfang 2021 zu schließen, hatte die damalige Landesregierung unnötig neue Hürden geschaffen.**

Eine weitere Säule der Prävention ist die konsequente Armutsbekämpfung. Die Modellprojekte zur quartiersbezogenen Armutsbekämpfung in saarländischen Stadtteilen wie Burbach oder Neunkirchen sind hier ein wichtiger Schritt, da sie vorhandene Angebote besser bündeln. Es darf aber nicht bei Modellprojekten bleiben. Die Gemeinwesenarbeit, die wichtige Kinder- und Jugendarbeit leistet, Sprachcafés oder Integrationsangebote ermöglicht, muss von der Landesregierung gezielt unterstützt werden. Der 10-Punkte-Plan der Landesregierung zur Bekämpfung der Armut im Saarland, der die Bereiche bezahlbarer Wohnraum, Kinderarmut, Bildung oder auch Langzeitarbeitslosigkeit adressiert, muss in die Tat umgesetzt werden. Berufsintegrationsmaßnahmen und Berufsorientierungsprogramme sollten durch verpflichtende Sprachkurse für Migrant:innen flankiert werden.

Jeanne Dillschneider ist Landesvorsitzende der saarländischen Grünen und Sprecherin der LAG Demokratie und Recht. Sie ist Co-Fraktionsvorsitzende im Saarbrücker Stadtrat und Sprecherin im Haupt- und Wirtschaftsausschuss.

Jan-Denis Wulff begann seine Laufbahn als Polizeikommissar bei der Polizei Nordrhein-Westfalen. Heute ist er als Kriminalkommissar beim Bundeskriminalamt (BKA) tätig. Im Europawahlkampf 2024 trat er für die Grünen an.



www.jeanne-dillschneider.de

www.jandeniswulff.de

presse@gruene-saar.de